

Beschluss des Landrats vom 17.10.2024

Nr. 768

18. Sicherheitsbericht Polizei.Plus 2024/438; Protokoll: mko

Wie Kommissionspräsident **Dominique Erhart** (SVP) ausführt, beschreibt der Sicherheitsbericht die qualitativen und quantitativen Veränderungen der Kriminalitätsphänomene, worauf der Antrag basiere, mehr Stellen für das Polizeikorps zu schaffen. Die Polizei sieht sich im heutigen Umfeld mit zahlreichen neuen Herausforderungen konfrontiert. Es gibt eine wachsende Fall- und Ereigniszahl. Hinzu kommt die einigermaßen neue, revidierte Strafprozessordnung, die administrativ zu einigem Mehraufwand führt, Stichwort Gerichtsverwertbarkeit. Dies fängt bei den Protokollen der Tatbestandsaufnahmen an. Festzustellen ist auch eine zunehmende Komplexität der Fälle und eine entsprechend aufwendigere Fallbearbeitung. Dies alles führt dazu, dass das Polizeikorps mit zahlreichen administrativen Aufgaben überlastet ist und man priorisieren und einschränken muss, was Zulasten der polizeilichen Grundversorgung geht. Mit der Folge, dass die Polizei weniger präsent auf der Strasse ist, was vermutlich schon viele festgestellt haben. Der Sicherheitsbericht zeigt auf, dass eine schrittweise Aufstockung des Polizeikorps in den nächsten acht bis zehn Jahren notwendig ist, um den bestehenden und erwarteten Kriminalitätsfeldern rechtzeitig und vorausschauend begegnen zu können.

Konkret sieht die Vorlage einen Zuwachs von 116 Stellen bis im Jahr 2032 vor. Aufgrund der schwierigen Finanzlage des Kantons hat die Direktion allerdings für 2025 lediglich fünf neue Stellen bewilligt. Mit der Aufstockung über zehn Jahre sollen der Unterbestand des Polizeikorps verhindert und das Polizeikorps in die Lage versetzt werden, den neuen Kriminalitätsfaktoren effizient begegnen zu können. Festzustellen ist auch, dass das Polizeikorps des Kantons Basel-Landschaft im kantonalen Durchschnitt 50 Stellen weniger aufweist als vergleichbare Kantone. Die Aufstockung soll verschiedene Bereiche stärken – Grundversorgung, Gerichtspolizei und Spezialfunktionen – aber auch eine gezielte Spezialisierung innerhalb des Polizeikorps ermöglichen. Auch die Bekämpfung der Strukturkriminalität soll zielgerichtet in Angriff genommen werden. Und schliesslich ist auch bezüglich der Cyberkriminalität eine zielgerichtete Aufrüstung geplant.

Die Kommission hat die Vorlage an zwei Sitzungen am 2. und 16. September in Anwesenheit des Polizeikommandanten und des stellvertretenden Polizeikommandanten beraten. Sie trat stillschweigend auf die Vorlage ein. Die Bemühungen zur Stärkung der Sicherheit fanden dabei eine überaus breite Unterstützung, wenngleich es auch Kritik am repressiven Ansatz gab. Einzelne Kommissionsmitglieder regten sogar eine Steigerung des Tempos an und fanden, dass die fünf Stellen nicht ausreichend seien und sich durchaus mehr beantragen liessen. Wichtig sei aber, dass die Stellenbewilligung einer gewissen Kontinuität unterliege. Es wurde auch attestiert, dass die Möglichkeit eines schnelleren Korpsaufbaus angesichts von Pensionierungen und Kündigungen letztlich begrenzt ist. In der Kommission wurde gefragt, welche unmittelbare Stossrichtung die Polizei mit der Aufstockung verfolgen wolle. Das erste Ziel sei eine erhöhte Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum, was man durchaus als polizeiliche Präventionsmassnahme verstanden wissen möchte. Ausserdem gebe es einen gewissen Nachholbedarf bei der Gerichtspolizei, Stichwort Opferbefragungen gemäss Istanbul-Konvention oder bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität.

Zum Thema wurde auch die Stellendotation der nachgelagerten Justizorgane. Erfolgt die Aufstockung lediglich bei der Polizei, führt dies bei Staatsanwaltschaft und Gerichten zwangsläufig zu Engpässen. Dieser Problematik war sich die Regierung sehr wohl bewusst. Es wird aber kein paralleler Anstieg der entsprechenden Stellenkontingente ins Auge gefasst, wobei derartige Stellengesuche auf mittlere Frist denkbar seien. Diskutiert wurde auch, ob bestimmte Funktionen bei der Polizei mit Zivilpersonen besetzt werden können. Diesem Anliegen ist die Polizeileitung auch mit

dem Blick auf den Arbeitsmarkt nicht abgeneigt. Gewisse Funktionen, beispielsweise am Schalter der Polizei, werden bereits heute in diesem Sinne besetzt.

Thematisiert wurde mit Blick auf den das Polizeikorps Basel-Stadt betreffenden Bericht, dass nicht nur, aber besonders in einer Wachstumsphase darauf geachtet werden soll, dass sich keine unerwünschten Strukturen bilden. Und schliesslich wurde auch die Grenzwaache angesprochen. Der Bund möchte bekanntlich keine dauerhafte Aufstockung des das Baselbiet betreffenden Grenzschnitts vornehmen, was bedauert wurde, da ein besserer Grenzschutz natürlich auch die Polizei entlasten würde. Last but not least wurde bemängelt, dass das Postulat betreffend Fachstelle Tiererschutz etwas summarisch abgehandelt wurde.

Die Kenntnisnahme des Landratsbeschlusses erfolgte in der Kommission einstimmig. Angesichts der Dimensionen des geplanten Stellenaufbaus beschloss die Kommission zudem eine Eintretensdebatte im Landrat, weil sie der Meinung ist, dass das Thema durchaus eine Diskussion im Landrat verdient. Der Landratsbeschluss beinhaltet die Kenntnis des Sicherheitsberichts der Polizei mit dem beschriebenen Stellenbedarf, die Schaffung von fünf Stellen im Jahr 2025 respektive die Aufnahme in den AFP mit gebundenen wiederkehrenden Ausgaben von CHF 510'000.– und approximativen Folgekosten von rund CHF 230'000.– pro Jahr und weiter die Abschreibung der Postulate 2023/71, 2022/637, 2021/651 und 2021/681.

– *Eintretensdebatte*

Anita Biedert (SVP) dankt dem Kommissionspräsidenten für die schöne Gesamtübersicht, aus der sie ein paar wichtige Punkte picken möchte. Mehr Fälle, neue Themen, Kriminalitätsfelder, höhere Bearbeitungszeiten, Strukturkriminalität, Cyberkriminalität, steigende Einbruchdiebstähle, häusliche und sexuelle Gewalt, neue andere Rahmenbedingungen. Fälle müssen zurückgestellt und Wichtiges muss vernachlässigt werden. So zeichnet sich aktuell das Bild unserer Polizei. Für eine durchschnittliche kantonale Polizeidichte müssten 167 Vollzeitstellen geschaffen werden. In der Langfristplanung sind bis 2032 aber lediglich 116 Stellen vorgesehen. Die Polizei muss also eine mittlere Kriminalitätsbelastung mit einer weit unterdotierten Polizeidichte bewältigen. Für 2025 sind allerdings nur fünf Stellen budgetiert. Es bräuchte aber 15 Stellen, wenn das Ziel von 2032 erreicht werden möchte – obschon auch Anita Biedert bewusst ist, dass überall gespart werden muss. Um anspruchsvollen Themen, wie zum Beispiel der organisierten Kriminalität, gerecht werden zu können respektive diese überhaupt erst angehen zu können, müsste das ganze Korps dringendst aufgestockt werden, damit die Probleme auch im präventiven Sinn behandelt werden können. Am vordringlichsten wäre eine erhöhte Polizeipräsenz. Zudem müsste mit der rasanten technischen Entwicklung im Bereich Cyberkriminalität mitgehalten werden können. Es ist zu bedenken, dass bei einer steigenden Bevölkerungszahl und den komplexen neuen Herausforderungen und Entwicklungen der Stellenaufbau innerhalb von zehn Jahren eventuell gar nicht mithalten kann.

Grundsätzlich ist die SVP vollauf mit dabei und sie begrüsst es, dass die Polizei Basel-Landschaft das Korps aufstocken soll und muss. Dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung muss man unbedingt gerecht werden. Das hat der Kanton verdient, denn Sicherheit hat oberste Priorität. In dem Sinn respektive im Sinn eines sicheren Baselbiets überlegt sich Anita Biedert ernsthaft, einen entsprechenden Budget- und AFP-Antrag für das Jahr 2025 und die Folgejahre einzureichen.

Ronja Jansen (SP) bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für den ausführlichen und aufschlussreichen Bericht über die Herausforderungen der polizeilichen Arbeit im Baselbiet. Der Bericht zeigt die Folgen der wachsenden Komplexität bei vielen polizeilichen Fällen und den erhöhten Ressourcenbedarf auf, der sich daraus ergibt. Die SP ist insbesondere besorgt, dass sich die fehlenden Ressourcen im Bereich der Holkriminalität manifestieren, vor allem im Bereich der organisierten Kriminalität des Menschenhandels. In beiden Bereichen muss man sehr früh intervenieren, denn

wenn sich solche Strukturen einmal festgesetzt haben, ist es sehr schwierig, sie zu bekämpfen und wieder loszuwerden. Auch die Bemühungen im Bereich der Bekämpfung der häuslichen Gewalt unterstützt die SP sehr stark. Allerdings findet sie, dass es insbesondere einen erhöhten Einsatz bei der Prävention braucht und man nicht nur repressiv intervenieren darf. Die SP anerkennt somit einen erhöhten Stellenbedarf in gewissen Bereichen der Polizei. Niemand hat ein Interesse an überarbeiteten bewaffneten Polizistinnen und Polizisten. Es ist aber auch wichtig, daran zu erinnern, dass Sicherheit grundsätzlich ein sehr breiter Begriff ist und dass es für erhöhte Sicherheit im Kanton nicht nur mehr polizeiliche Arbeit und mehr Repression braucht, sondern auch mehr Prävention und sozialpolitische Bemühungen, welche die Kriminalität nachweislich verringern können.

Schliesslich seien noch auf diejenigen Bedingungen hingewiesen, die aus Sicht der SP-Fraktion für jegliche Aufstockungen bei der Polizei unabdingbar sind. Erstens ist es ihr wichtig, dass das polizeiliche wie das zivile Personal eine ausreichende Ausbildung erhält, gerade auch im Umgang mit traumatisierten Opfern und Geschädigten von Gewaltdelikten. Denn jene, die die Schalter bei der Polizei bedienen, sind unter Umständen die ersten, die mit hochtraumatisierten Menschen zu tun haben. Zweitens ist es zentral, dass Aufstockungen bei der Polizei mit einem Monitoring über potenzielle Missstände bei der Polizei verbunden werden. Man konnte kürzlich im Nachbarkanton sehen, wie schnell es gehen kann, bis sich hochproblematische rassistische und sexistische Strukturen in der Polizei festsetzen. Um das zu verhindern, reicht es eben nicht, Polizistinnen und Polizisten zu sagen, sie dürfen nicht rassistisch sein, sondern es ist nötig, genau hinzuschauen und externe Kontrollmechanismen ins Auge zu fassen. Drittens ist wichtig, dass die geplanten Aufstockungen nicht einfach in eine allgemeine Vergrösserung des Korps fliessen, sondern dass jene Anstellungen, die zur Verhinderung von Holkriminalität getätigt werden, auch wirklich in diesem Tätigkeitsbereich vorgenommen werden. Dafür braucht es spezialisierte Einheiten, da sonst die Gefahr besteht, dass weiterhin zu wenig Ressourcen verfügbar sind, weil die Kriminalität jeweils als Erstes sichtbar wird und in diesen Bereich somit auch als Erstes die Ressourcen fliessen. Viertens braucht es aus Sicht der SP parallele Aufstockungen in den der Polizei nachgelagerten Strukturen, namentlich bei der Staatsanwaltschaft und bei den Gerichten. Mehr Polizistinnen und Polizisten führen optimaler Weise dazu, dass es die eine oder andere zusätzliche Festnahme gibt, die weiterverfolgt werden muss – denn sonst ist das Ganze eine vergebene Liebesmühe.

Alain Bai (FDP) bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion herzlich bei den verantwortlichen Personen der Polizei Basel-Landschaft und der Sicherheitsdirektion für den guten Bericht und die Vorlage. Der Bericht bilde eine gute Diskussionsgrundlage für die Stellenschaffungen und alle notwendigen Massnahmen, vor allem bilde er klare und nachvollziehbare Handlungsempfehlungen ab. Letztes Jahr war die FDP-Fraktion sehr kritisch eingestellt, als man blindlings Stellen geschaffen hatte. Hier liegt nun eine Grundlage vor, mit der sich die veranschlagten Stellen rechtfertigen lassen und man der Öffentlichkeit nachvollziehbar vermitteln kann, weshalb es sie braucht.

Die FDP-Fraktion sieht die Gewährleistung der Sicherheit als eine der wichtigsten Aufgaben des Staats. Ist sie nicht gewährleistet, funktionieren viele andere Bereiche des staatlichen Handelns und der Gesellschaft nicht. Deshalb wird der Gewährleistung der Sicherheit sehr grosse Priorität beigemessen. Gemäss Sicherheitsbericht soll die Sicherheit im Kanton auch in den nachfolgenden Jahren gewährleistet werden. Damit dies der Fall ist, bedarf es aber wesentlicher Massnahmen und wesentlich mehr Stellen. Der Bedarf besteht eigentlich jetzt schon und nicht erst 2032, damit die Sicherheit in den kommenden Jahren gewährleistet werden kann.

Für die FDP-Fraktion ist die Situation alarmierend. Im Bericht wird aufgezeigt, dass die Straftaten von 2018 bis 2022 um rund ein Viertel zugenommen haben. Gleichzeitig sind auch die Komplexität der Fälle und die Anzahl der Beschuldigten gestiegen und neue Kriminalitätsbereiche – organisierte Kriminalität, Cyberkriminalität und was es leider heute sonst noch alles gibt – haben sich entwi-

ckelt. Man muss auch feststellen, dass der Kernauftrag der Polizei in letzter Zeit nur noch durch Verzichtsplannungen und Aufgabenpriorisierungen erfüllt werden konnte. Dies wird auch in Zukunft so sein. Im Umkehrschluss heisst dies, dass der Auftrag der Polizei bereits heute nicht mehr vollständig gewährleistet ist. Die FDP steht deshalb voll hinter der Notwendigkeit des Handelns. Denn bereits heute leidet das subjektive Sicherheitsgefühl.

Alarmierend ist für die FDP-Fraktion, dass auf die Verfolgung gewisser Straftaten weitgehend verzichtet wird. Das heisst, dass Hinweisen aus der Bevölkerung bei der Sicherheits-, Kriminal- oder der Verkehrspolizei aus Ressourcengründen gar nicht mehr oder nur sehr sporadisch nachgegangen werden kann. Auch Spezialaktionen wie die sogenannte Ladro-Aktion sind zurzeit undenkbar, obwohl sie angesichts der zunehmenden Einbruchdiebstähle und sonstiger Kriminalitätsvorkommnissen dringend notwendig wären. Auch für die Präventionsarbeit stehen heute kaum Ressourcen zur Verfügung. Die Polizei befürchtet zudem, dass sich die organisierten Kriminalitätsstrukturen in den nächsten Jahren ungehindert etablieren können und deren Bekämpfung umso schwieriger wird.

Angesichts dessen hat ein Teil der Fraktion Zweifel, ob die Prioritäten des Regierungsrats richtig gesetzt werden, wenn für das Jahr 2025 lediglich fünf Stellen im AFP vorgesehen sind anstatt 15. Diese werden dringend benötigt und könnten nach Aussage der Polizei durchaus besetzt werden. Die Frage nach den Prioritäten gilt umso mehr, da – wie dem AFP entnommen werden kann – in der Sicherheitsdirektion eine Stelle im Passbüro und ein Volontariat im Generalsekretariat neu geschaffen werden, während gleichzeitig drei Stellen im Bereich der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität gestrichen werden respektive nicht mehr verlängert werden sollen. Allenfalls wird sich die FDP in diesem Rahmen zu einem späteren Zeitpunkt über die Prioritätensetzung und die Anzahl der zu schaffenden Stellen wieder melden.

Die FDP-Fraktion nimmt den vorliegenden Bericht und die daraus folgenden Massnahmen einstimmig zur Kenntnis.

Tobias Beck (EVP) fasst zusammen, dass der Aufwand für die Baselbieter Polizei in den letzten Jahren gestiegen sei. Die Gründe wurden bereits erläutert. Auf etwas sei speziell hingewiesen: Auf Seite 7 des Sicherheitsberichts ist zu lesen, dass es in der Schweiz bereits Strukturen von organisierter Kriminalität gebe, die kontinuierlich ausgebaut würden. Aus Berichten aus anderen europäischen Ländern weiss man, dass kriminelle Netzwerke nur noch mit einem sehr hohen personellen und finanziellen Aufwand bekämpft werden können, sobald sie sich festgesetzt haben. In der Basellandschaftlichen Zeitung konnte man in den letzten Monaten immer wieder darüber lesen. Daraus wird ersichtlich, dass ein Handlungsbedarf für eine Aufstockung von Stellenprozenten bei der Baselbieter Polizei besteht, um die Sicherheit im Kanton weiterhin zu gewährleisten. Insbesondere mit Blick auf die organisierte Kriminalität darf, trotz der Finanzlage des Kantons, nicht zu lange gezögert werden; wird zu lange gewartet, werden die Kosten noch viel höher sein.

Eine Bemerkung noch zum zur Abschreibung beantragten Postulat 2021/651 von Marco Agostini über die Polizeifachstelle gegen Tierquälerei: Im Bericht des Regierungsrats steht, dass die Schaffung einer solchen Stelle beabsichtigt sei, es aber an Ressourcen mangle. Wenn die Fachstelle nach Aufstockung der Stellenprozente umgesetzt wird, ist die Grüne/EVP-Fraktion mit der Abschreibung des Postulats einverstanden. Sie folgt deshalb der Empfehlung der JSK, gemäss Landratsschluss zu beschliessen.

Auch **Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte) bedankt sich im Namen der Mitte-Fraktion bei allen Beteiligten für den sehr guten Bericht und die Darstellung der dramatischen Situation. Es sei für niemanden ein Geheimnis, dass die Kantonspolizei chronisch unterbesetzt ist. Die diversen Gründe, weshalb eine Personalaufstockung dringend notwendig ist, konnten dem Bericht entnommen werden: Verantwortlich sind komplexe Fälle, neue Kriminalitätsbereiche wie die Cyberkriminalität, hohe Einbruchsraten etc. Man muss aufpassen, dass sich die Kriminalität nicht noch

mehr verbreitet, Stichwort Clankriminalität. Für Die Mitte ist die Sicherheit ein hohes Gut, zu der man Sorge tragen muss. Es darf nicht sein, dass man sich in Wohnungen oder Liegenschaften mittels Alarm- und Videoanlagen selber schützen oder sogar Bürgerwehren ins Leben rufen muss. Sicherheit hat aber auch ihren Preis. Dieser sollte es einem Wert sein, egal ob das Budget 2025 rote Zahlen ausweist. Schliesslich ist Sicherheit eine, wenn nicht sogar *die* Staatsaufgabe. Die Mitte steht deshalb voll hinter der vorgesehenen Aufstockung bis 2032 und unterstützt die fünf Stellen für 2025. Ihres Erachtens hätte der Regierungsrat aber viel mutiger sein können, denn es besteht Not am Mann respektive an der Frau. Selbstverständlich lassen sich fähige und gut ausgebildete Personen nicht aus dem Ärmel schütteln, wenn man nebst der Stellenbesetzung auch noch die natürlichen Fluktuationen kompensieren muss. Umso wichtiger ist es, den Polizeidienst attraktiv zu gestalten und für all jene zu öffnen, die sich dafür interessieren und geeignet sind. Stichwort: Ausländer mit C-Bewilligung. Die Polizei muss Präsenz markieren, sie muss sichtbar sein und darf nicht hinter einem Schreibtisch verschwinden, weil es an Personal mangelt. Dies ist, nebst der Repression, ein wichtiger Teil von Prävention und Abschreckung – das A und O der Kriminologie. Langfristig sollte man sich jedoch überlegen, ob 26 Polizeikorps überhaupt noch zeitgemäss sind und regionale Korps nicht sinnvoller wären. Das würde vor allem in den Fachbereichen Synergien generieren und Ressourcen sparen.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) dankt im Namen des Korps ganz herzlich für die Wertschätzung, die in diesem Saal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei Basel-Landschaft entgegengebracht wurde. Die Polizistinnen und Polizisten haben eine sehr intensive Zeit, stehen sehr unter Druck, haben viel zu tun – und sind zu wenig. Aus dem Grund wurde der Sicherheitsbericht erstellt, um aufzuzeigen, wo es Defizite gibt und wo es besser werden muss, um die Sicherheit im Kanton wahren zu können.

Die Polizei Basel-Landschaft hat in der Bevölkerung einen guten Ruf. Aus dem sogenannten Crime Survey lässt sich ersehen, dass die Bevölkerung mit der Arbeit der Polizei sehr zufrieden ist und sich gut aufgehoben fühlt. Die Bevölkerung stellt aber auch fest, dass die Polizei weniger präsent ist. Das ist ein Aspekt, den man mit dem Sicherheitsbericht thematisieren wollte, in dem Sinne, dass die Polizei mehr auf der Strasse präsent ist, dass sie wahrnehmbarer ist, wenn nötig schneller eingreifen und präventiv vermehrt unterwegs sein kann. Der Kanton Basel-Landschaft gehört eigentlich nicht zu den Kriminalitätshotspots. Im interkantonalen Vergleich liegt er diesbezüglich an neunter Stelle. Man möchte aber auch nie zu einem Hotspot werden. Aus dem Grund braucht es eine Aufstockung.

Nebst der Präsenz im öffentlichen Raum und der Prävention ist es besonders wichtig, im Bereich der Strukturkriminalität besser zu werden, sich zu spezialisieren und genauer hinzuschauen, wo es Menschenhandel, organisierte Kriminalität etc. gibt. In dieser Richtung braucht es im Kanton unbedingt mehr Einsatz. Besser werden muss man auch im Zusammenhang mit den Aufgaben, die sich aus der Istanbul-Konvention ergeben, wobei es vor allem um die Begleitung und Betreuung von Opfern sexualisierter Gewalt während Strafverfahren, Opferbefragung etc. geht. Weil es im Kanton viel chemische Industrie gibt, sind zudem immer mehr Knowhow und Spezialisierungen im Bereich Umweltschutz und chemische Prozesse nötig. Spezialisierungen soll es auch bei den Tierschutzdelikten geben; dies, sobald in diesem Bereich die Stellen aufgestockt worden sind. Speziell anspruchsvoll sind die Bereiche Cybercrime und Wirtschaftskriminalität, in die bereits investiert wurde.

Im Sicherheitsbericht, der nun dem Landrat zur Kenntnis gebracht wird, hat die Polizei einen Bedarf an 116 Stellen in den nächsten acht Jahren definiert. Aus finanziellen Überlegungen wurden fürs Erste fünf Stellen bewilligt. Nächstes Jahr wird es vielleicht eine Fünfzehnertranche sein. Aber man kann heute noch nicht sagen, wo es in Zukunft am dringendsten Verstärkungen brauchen wird. Jedes Jahr wird der Regierungsrat jedoch mit weiteren konkreten Anträgen im Rahmen des

AFP an den Landrat gelangen, so dass man immer wissen wird, welche Stellen man genau besetzen möchte.

Herzlichen Dank für die gute Aufnahme der Vorlage. Regierungsrätin Kathrin Schweizer ist überzeugt, dass dies für die Polizei Basel-Landschaft ein wichtiger Schritt sein wird.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss gemäss Kommission*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 83:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

***Landratsbeschluss
betreffend Sicherheitsbericht Polizei.Plus***

vom 17. Oktober 2024

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Der Sicherheitsbericht vom 14.12.2023 der Polizei mit dem beschriebenen Stellenbedarf bis 2032 wird zur Kenntnis genommen.*
 - 2. Für fünf im Jahr 2025 im AFP aufgenommene Stellen bei der Polizei Basel-Landschaft werden gebundene wiederkehrende Ausgaben von 510'000 Franken zur Kenntnis genommen.*
 - 3. Die approximativen Folgekosten von rund 230'000 Franken jährlich in den Bereichen Raum, Material und Mobilität werden zur Kenntnis genommen.*
 - 4. Das Postulat 2023/71 «Für mehr Sicherheit im Baselbiet» wird abgeschrieben.*
 - 5. Das Postulat 2022/637 «Unterstützung für unsere Polizei – Das Baselland braucht mehr Personal» wird abgeschrieben.*
 - 6. Das Postulat 2021/651 «Polizeifachstelle gegen Tierquälerei» wird abgeschrieben.*
 - 7. Das Postulat 2021/681 «Bessere Cyberprävention im Kanton» wird abgeschrieben.*
-